

Einjährige Kindergartenpflicht vor der Einschulung

Im Jahre 1717 wurde in Preußen die allgemeine Schulpflicht eingeführt. Dies stellte damals eine kleine Revolution dar, weil derartige Regelungen bis zu diesem Zeitpunkt in Deutschland eher unüblich waren. Heute, fast 300 Jahre später, gilt es neuen Herausforderungen, die durch die Veränderungen der Arbeitswelt im Zeitalter der Globalisierung entstanden sind, gerecht zu werden. Die Junge Union begrüßt daher die von Günther Oettinger, dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, vorgeschlagene Einführung einer Kindergartenpflicht im letzten Jahr vor der Einschulung. Die PISA-E Studie aus dem Jahr 2003 hat gezeigt, dass der Bildungsstand vieler Schüler in Deutschland oft abhängig von der sozialen Herkunft ist. In Schleswig-Holstein ist dabei die Wahrscheinlichkeit eines Kindes, deren Eltern bereits Akademiker sind, sechsmal so hoch auf das Gymnasium zu kommen gegenüber einem gleichaltrigen Facharbeiterkind. Diese Studie zeigt, dass bereits die frühkindliche Entwicklung für den späteren Werdegang eines Menschen entscheidend sein kann. Die Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass jeder die bestmögliche, seinen Fähigkeiten entsprechende Ausbildung erhält. Die Tatsache, dass die Arbeitswelt im 21. Jahrhundert zunehmend durch Berufe des Dienstleistungssektors geprägt wird, ist ein klares Indiz dafür, dass die Bedeutung der „Kopfarbeit“ zunehmen und die der „Handarbeit“ abnehmen wird. Ziel muss es daher langfristig gesehen sein, die Qualität der Abschlüsse zu steigern, um somit den Anforderungen der veränderten wirtschaftlichen Strukturen gerecht zu werden.

Die Grundlage für einen erfolgreichen schulischen Werdegang stellen oft bereits die ersten Klassen der Grundschule dar. Schüler, die hier schon den Anschluss verlieren, haben es meistens schwer, später diese Defizite wieder auszugleichen und sich für eine höhere weiterführende Schule zu qualifizieren. Die Junge Union fordert daher die Einführung einer einjährigen Kindergartenpflicht vor der ersten Klasse, damit somit allen zukünftigen Schülern ähnliche Grundlagen vermittelt werden, insbesondere Sozialkompetenz. Außerdem wird dadurch unterstützt, dass Kinder, die aus Einwandererfamilien kommen und mit einer anderen Muttersprache als Deutsch aufgewachsen sind, bei der Einschulung über angemessene Deutsch-Kenntnisse verfügen. Dies sorgt für mehr Chancengerechtigkeit und eine bessere Integration, deren Voraussetzung die Fähigkeit zur Kommunikation mit Mitschülern und Lehrern darstellt.

Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan hat in einer Regierungserklärung am 1. Dezember 2005 darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung beabsichtigt, in dieser Legislaturperiode sechs Milliarden Euro zusätzlich in Forschung und Entwicklung zu investieren. Die Junge Union fordert die Landesregierung dazu auf, diesem Beispiel zu folgen und insbesondere auch den Bereich Bildung in Zukunft noch intensiver zu fördern. Auch in Zeiten leerer Kassen ist ein derartiger Schritt unumgänglich, da von den Fähigkeiten zukünftiger Generationen auch das Bruttosozialprodukt von morgen abhängig sein wird. Ein Teil davon sollte dazu verwendet werden, um allen Kindern ein Jahr vor Schulbeginn den Besuch eines wahlweise ganztagsbetreuten Kindergartens zu ermöglichen. Des Weiteren schlägt die Junge Union vor, einen prozentualen Teil des Kindergeldes für die Finanzierung der Kindergartenpflicht zu verwenden, weil durch eine derartige kostenlose Betreuung den betroffenen Eltern auch finanzielle Einsparungen ermöglicht werden.